

INHALTSVERZEICHNIS

Inhaltsverzeichnis	I
Literaturverzeichnis	X
Abkürzungen	XXII
Einleitung	1
Erster Teil: Systematische Darstellung des Problems der Prüfung durch den Registerrichter .	4
Erster Abschnitt: Begriffsbestimmung der formellen und der materiellen Prüfung	4
I. Gegenstand der formellen Prüfung	5
II. Gegenstand der materiellen Prüfung	7
Zweiter Abschnitt: Rechtsprechungsübersicht	11
I. Die formelle Prüfung	11
II. Die materielle Prüfung	14
Dritter Abschnitt: Dogmatische Begründungen für eine materielle Prüfung	20
I. Prüfungsrecht - Prüfungspflicht	20
II. Der Amtsermittlungsgrundsatz	24
III. Der Zweck des Handelsregisters und die Be- deutung der Eintragung	26
IV. Publizitätsfunktion und Rechtsscheingrund- sätze	29
1. Die Regelungen des § 15 Abs. 1 und 2 HGB	29
2. § 15 Abs. 3 HGB neuer Fassung	30
3. Grundsätze über den Rechtsschein	33
V. Wirkungen der Handelsregistereintragen ..	33
1. Konstitutive oder deklaratorische Wirkung	34
2. Heilende Wirkung	36

Vierter Abschnitt: Gesetzliche Regelungen der registerrichterlichen Prüfung ...	41
I. Vorschriften, die eine ausdrückliche Regelung enthalten	42
1. § 31 AktG 1937 bzw. § 38 AktG 1965	42
a. Förmliche (äußerliche) Ordnungsmäßigkeit	44
b. Sachliche (inhaltliche) Ordnungsmäßigkeit	47
c. Exkurs: Anfechtbare Gesellschafterbeschlüsse	50
2. Vorschriften, die eine eingeschränkte Prüfung anordnen	51
a. Die Prüfung bei der Sitzverlegung und der Errichtung einer Zweigniederlassung	51
b. Prüfung des Jahresabschlusses nach dem AktG 1965	56
c. Prüfung der Rechnungslegung nach dem Publizitätsgesetz	59
II. Vorschriften von indizieller Bedeutung	60
1. Vorschriften des 7. Abschnitts des FGG ..	60
2. Weitere Vorschriften, denen indizielle Bedeutung beigemessen worden ist	62
III. Eine historische Reminiszenz	64
Fünfter Abschnitt: Die registerrichterliche Prüfung im kommenden GmbH-Recht	65
I. Vom Referentenentwurf zum Regierungsentwurf.	66
II. § 20 des Regierungsentwurfs	68
1. Die allgemeine Regelung der registerrichterlichen Prüfung (§ 20 Sätze 1 und 2 RegE)	68
2. Die besondere Regelung im Falle von Sachgründungen (§ 20 Satz 3 RegE)	68
a. Die Klarstellungsfunktion des § 20 Satz 3 RegE	69
b. Der Kontrollmaßstab bei Sachgründungen	71
c. Macht eine Nachzahlungspflicht § 20 RegE überflüssig?	72

III. Die Stellungnahme des Bundesrats	72
IV. Prüfung durch den Registerrichter bei späteren Anmeldungen	74
Eigene Stellungnahme und Zusammenfassung des ersten Teils	76
Zweiter Teil: Die gesammelten Rechtstatsachen im Lichte von Rechtsprechung und Literatur	81
Erster Abschnitt: Der Untersuchungsgegenstand	81
I. Die Zuständigkeit des Amtsgerichts Hamburg als Registergericht	82
II. Das Allgemeine Register als Ausgangspunkt ..	83
III. Die Anmeldungen im einzelnen	87
1. Die fünf Gruppen der Anmeldungen	87
a. Neueintragungen von Gesellschaften mit beschränkter Haftung	87
b. Sitzverlegungen im Inland	88
c. Zweigniederlassungen	88
d. Umwandlungen	89
e. Zweitsitz	90
2. Gesamtübersicht	91
IV. Der Untersuchungsgegenstand bei den Neueintragungen	91
1. Der tatsächliche Untersuchungsgegenstand bei den Neueintragungen	91
2. Als solche nicht mehr bestehende, aber zum Untersuchungsgegenstand gehörende Gesellschaften	92
V. Dauer des Eintragungsverfahrens	97
Zweiter Abschnitt: Einige Strukturelemente der untersuchten Gesellschaften	99
I. Der mitgliedschaftliche Aufbau	99
1. Die Gruppe gleichartiger Gesellschafter .	99
a. Gesellschafter nur natürliche Personen	100

IV

b. Gesellschafter nur juristische Personen	102
c. Gesellschafter nur Personengesellschaften	103
2. Die Mischformen	103
3. Gesellschaften mit der Beteiligung ausländischer Gesellschaften	103
4. Gesellschaften mit der Beteiligung ausländischer Gründer	104
a. Reine Ausländer-Gesellschaften	104
b. Gemischt ausländisch-inländische Gesellschaften	105
5. Schlußfolgerung	105
II. Höhe und Verteilung des Stammkapitals	106
1. Höhe des Stammkapitals	106
2. Verteilung des Stammkapitals	107
III. Sachgründungen	107
IV. Die GmbH als persönlich haftende Gesellschafterin	110
1. Zahlenmäßige Angaben	110
2. Einige Strukturelemente	112
a. Der mitgliederschaftliche Aufbau	112
b. Höhe des Stammkapitals	114
Dritter Abschnitt: Die Beanstandungen bei Neueintragungen	115
I. Die gefundenen Beanstandungen in Zahlen	116
II. Abschluß des Gesellschaftsvertrags in notarieller Form	117
1. Eigenhändige Unterschrift des Notars	117
2. Qualität der Gründer	118
a. Beteiligung von Minderjährigen	118
b. Bestellung eines Pflegers	119
c. Erbengemeinschaft als Gründerin	120
d. Auftreten eines Einzelkaufmanns unter seiner Firma, als Gründer	120

3. Wechsel in der Gründerorganisation	121
a. Freiwilliges Ausscheiden eines Gründers	121
b. Unfreiwilliges Ausscheiden durch Ab- leben eines Gründers	122
4. Getrennte Beurkundung von Antrag und An- nahme	123
5. Unterzeichnung des Gesellschaftsvertrags	124
a. Unterzeichnung durch sämtliche Gesell- schafter	124
b. Unterzeichnung durch Bevollmächtigte .	125
c. Das Verbot des Selbstkontrahierens ...	127
6. Besondere Probleme bei Auslandsbeziehungen	128
a. Beurkundung durch ausländische Urkunds- personen	129
b. Legalisation ausländischer öffentlicher Urkunden	130
III. Die Zulässigkeit der Firma	132
1. Dreistufige Nachprüfung der Firma	133
a. Notwendige Bestandteile (§ 4 GmbHG)	133
b. Fakultative Bestandteile und Firmen- wahrheit (§ 18 Abs. 2 HGB)	135
c. Unterscheidbarkeit (§ 30 HGB)	136
2. Die einzelnen firmenrechtlichen Bean- standungen	136
a. Erste Gruppe: § 4 GmbHG	136
b. Zweite Gruppe: § 18 Abs. 2 HGB	140
c. Dritte Gruppe: § 30 HGB	144
d. Vierte Gruppe: Firmenbild und Handels- register	145
3. Folgen einer unzulässigen Firma	146
IV. Die übrigen notwendigen Bestandteile eines Gesellschaftsvertrags	148
1. Der Gegenstand des Unternehmens	148
a. Insbesondere das Problem der Indi- vidualisierung	148
b. Die einzelnen Beanstandungen	148

VI

aa. Erste Gruppe: Der Gegenstand einer Komplementär-GmbH	148
bb. Zweite Gruppe: § 23 Abs. 3 Nr. 2 AktG 1965 analog	150
c. Folgen eines unzulässigen Gegenstands	153
2. Der Betrag des Stammkapitals	154
3. Die namentliche Nennung der Gründer und die von ihnen übernommene Stammeinlage ..	154
V. Beanstandungen § 5 GmbHG betreffend	155
1. Das Verbot der Übernahme mehrerer Stammeinlagen	155
2. Sachgründungen	156
a. Die gesetzliche Unterscheidung zwischen Sacheinlage und Sachübernahme	157
b. Die einzelnen Beanstandungen	158
c. Fall der Umgehung der Vorschriften über die Sachgründung	159
d. Folgen mangelhafter Sachgründungen ...	160
e. Neuerungen des kommenden Rechts	162
VI. Geschäftsanteil	164
1. Unrichtige Nomenklatur	164
2. Übergang des Geschäftsanteils ohne rechtsgeschäftliche Übertragung	164
3. Veräußerung von Teilen eines Geschäftsanteils	165
a. § 17 Abs. 1 GmbHG als zwingende Vorschrift	165
b. § 17 Abs. 1 GmbHG als dispositive Vorschrift	167
VII. Das Prinzip der Erhaltung des Stammkapitals	168
1. Hinweis im Gesellschaftsvertrag auf das Verbot des § 30 GmbHG	168
2. Erwerb eigener Geschäftsanteile	169
3. Einziehung von Geschäftsanteilen; Ausschließung bzw. Austritt eines Gesellschafters	171

VII

a. Zwangseinziehung eines Geschäftsanteils	171
aa. Fälle, bei denen jegliche Bestimmung hinsichtlich der Entoder Unentgeltlichkeit fehlte	172
bb. Fälle der Einziehung ohne vollwertiges Entgelt	172
b. Fälligkeit des Einziehungsentgelts ...	176
c. Vertragliche Verpflichtung, den Geschäftsanteil der Gesellschaft anzubieten	178
d. Ausschließung eines Gesellschafters ..	180
e. Austritt und Kündigung	183
VIII. Beanstandungen zum 3. Abschnitt des geltenden GmbH-Gesetzes	185
1. Vertretung durch die Geschäftsführer	186
a. Die Eintragung der Vertretungsbefugnis	186
b. Einzelvertretung - Gesamtvertretung ..	187
2. Widerruflichkeit der Bestellung zum Geschäftsführer	189
3. Abberufung des Geschäftsführers während des Eintragungsverfahrens	190
4. Von einem Geschäftsführer zu erfüllende persönliche Voraussetzungen	193
a. Ausländer als Geschäftsführer	193
b. Berufsbezeichnungen der Geschäftsführer	196
5. Aufstellung des Jahresabschlusses	198
6. Rumpfgeschäftsjahr	198
7. Entstehung der GmbH mit der Eintragung ..	199
8. Gesellschafterversammlung	200
a. Telefonische Stimmabgabe	200
b. Ort der Gesellschafterversammlung	201
9. Der Aufsichtsrat	204
a. Die Anwendung aktienrechtlicher Vorschriften	204
b. Schwierigkeiten bei der Anwendung des § 52 Abs. 2 GmbHG n.F.	205

VIII

IX. Abänderungen des Gesellschaftsvertrags	206
X. Schiedsgerichtsvereinbarungen	207
1. Vereinbarung eines schiedsrichterlichen Verfahrens	207
2. Schiedsrichterliches Verfahren für die Auflösungsklage	209
XI. Anmeldungspflicht aller Geschäftsführer	210
1. Beanstandungen zur Erstanmeldung	211
2. Beanstandungen bei Anmeldungen von Ver- tragsergänzungen	213
XII. Inhalt der Anmeldung	214
1. Die Anlagen der Anmeldung	214
a. Vollmachten der Vertreter	214
b. Legitimation der Geschäftsführer	215
c. Liste der Gesellschafter	215
d. Genehmigungsurkunde	215
aa. Der allgemein gehaltene Gegenstand	217
bb. Die einzelnen Beanstandungen	218
2. Die Versicherung der Geschäftsführer in der Anmeldung	224
a. Versicherung im Falle der Übernahme der Mindest-Stammeinlage	225
b. Einzahlung auf "jede" Stammeinlage ...	225
3. Angabe der Vertretungsbefugnis der Ge- schäftsführer	225
XIII. Sonstige Gruppen von Beanstandungen	226
1. Gründungskosten und Mindesteinzahlung ...	226
2. Weitere Anmeldungen neben der Anmeldung der Gesellschaft	230
3. Beanstandungen, die auf materiellen Interessen des Staates beruhen	231
a. Kostenvorschuß	231
b. Unbedenklichkeitsbescheinigung	232

Vierter Abschnitt: Die nicht oder noch nicht erfolgreichen Anmeldungen zur Neueintragung	234
I. Offene Anmeldungen	234
II. Zurücknahmen	234
1. Die Beanstandungen	235
2. Insbesondere Sachgründungen	236
III. Zurückweisungen	238
1. Zwei Gruppen von Zurückweisungsgründen ..	238
a. Fehlende Angaben gegenüber den Organen des Handelsstandes	238
b. Untätigbleiben der Gründer	
2. Die besondere Beanstandung	241
Fünfter Abschnitt: Die Beanstandungen bei Sitzverlegungen	243
I. Die gefundenen Beanstandungen in Zahlen	243
II. Ordnungsgemäße Sitzverlegung und Unterscheidbarkeit gemäß § 30 HGB	244
1. Satzungsänderung	244
a. Gesellschaftereigenschaft der Abstimmenden	245
b. Weitere mit der Beschlußfassung zusammenhängende Beanstandungen	246
2. Unterscheidbarkeit (§ 30 HGB)	248
III. Weitere Gruppen von Beanstandungen	248
IV. Beanstandungen mit Ermittlungstätigkeit des Registerrichters	249
1. Sitzverlegung ins Ausland	250
2. Verdacht eines Mantelkaufs	250
V. Offene Verfahren, Zurücknahmen, Zurückweisungen	251
Zusammenfassung	252
Sachverzeichnis	254